

## ***Alte Ziele, neue Taktik – Saudi-Arabiens außenpolitischer Aktivismus***

Anna Sunik

Am 28. März 2014 besuchte der US-amerikanische Präsident Barack Obama Saudi-Arabien zum ersten Mal seit dem „Arabischen Frühling“. Dieser Staatsbesuch fand unter deutlich veränderten Vorzeichen statt – inmitten einer der größten Krisen der US-saudischen Beziehungen.

### **Analyse**

2014 jähren sich die schicksalhaften Ereignisse von 1979 – die Iranische Revolution, die Besetzung der Großen Moschee in Mekka und der sowjetische Einmarsch in Afghanistan – zum 35. Mal. Für Saudi-Arabien bedeuteten sie wichtige Weichenstellungen; noch immer wird die saudische Außenpolitik von den Prinzipien des Strebens nach Hegemonie am Persischen Golf, der Eindämmung des schiitischen bzw. iranischen Einflusses und der Zurückdrängung konkurrierender politischer und religiöser Ordnungsmodelle geleitet.

- Das militärische Nichteingreifen der USA in Syrien, die beginnende US-iranische Annäherung in der Nuklearfrage und nicht zuletzt das „Fallenlassen“ des ägyptischen Präsidenten Mubarak wecken in Riad Zweifel an der Bündnistreue Washingtons.
- Saudi-Arabien betreibt seitdem eine selbstbewusstere und aktivere Außenpolitik, losgelöst von möglicher Rücksichtnahme auf die USA.
- Geändert hat sich vor allem die öffentlichkeitswirksame Verfechtung eigenständiger Interessen, jedoch nicht die Positionen an sich.
- Mit dem Militärputsch in Ägypten im Juli 2013 gegen die von der Muslimbruderschaft geführte Regierung schlug das regionalpolitische Barometer in der Region – zumindest zeitweise – gegen einen republikanisch geprägten politischen Islam in Regierungsverantwortung um. Saudi-Arabien konnte damit wieder die regionale Führungsrolle am Persischen Golf übernehmen, die ihm Katar zeitweise streitig gemacht hatte.
- Saudi-Arabien nutzt verstärkt seinen hauptsächlich auf finanzieller Unterstützung basierenden Einfluss in befreundeten Staaten wie Bahrain, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Ägypten und Jordanien, um eigene Interessen durchzusetzen.
- Trotz der erwähnten Irritationen sorgt eine Vielzahl gemeinsamer Interessen für eine fortdauernde Grundstabilität der US-saudischen Beziehungen.

*Schlagwörter: Saudi-Arabien, Außenpolitik, regionale Ordnung, Führungsmacht, Naher Osten*

## Das neue Selbstbewusstsein Saudi-Arabiens in der Außenpolitik

Am 18. Oktober 2013 fand ein für den UN-Sicherheitsrat präzedenzloses Ereignis statt: Saudi-Arabien lehnte den ihm in dem exklusiven Gremium turnusmäßig angebotenen Sitz ohne Vorwarnung ab.<sup>1</sup> Sogar für den saudischen UN-Botschafter schien diese Kehrtwende überraschend: Bei der Verkündung des Wahlergebnisses zugunsten seines Heimatlandes hatte er noch gejubelt. Saudi-Arabien begründete den Schritt mit dem Protest gegen die Unfähigkeit des Sicherheitsrates, die Situation in Syrien und den Palästinensergebieten zu verbessern und die Konflikte zu lösen.

Differenzen zwischen den USA und Saudi-Arabien bezüglich der regionalen Politik waren bereits zu Beginn des „Arabischen Frühlings“ 2011 sichtbar geworden. Als die USA im Februar 2011 Präsident Hosni Mubarak in Ägypten die Unterstützung verweigerte und zu einer Transition aufrief, reagierte Saudi-Arabien empört. Wenn man einen jahrzehntelangen Verbündeten eines strategisch so wichtigen Staates wie Ägypten einfach fallen lassen konnte, warum dann nicht auch das saudische Herrscherhaus?

Die saudische Verunsicherung verstärkte sich durch die US-amerikanischen Annäherungsversuche an Iran seit der Wahl des als moderat geltenden Präsidenten Hassan Rouhani im Juni 2013. Nachdem die USA entgegen aller Erwartungen ein militärisches Eingreifen in den syrischen Bürgerkrieg unterließen, fühlten sich die Al Saud vollends im Stich gelassen. Zweifel an der Ernsthaftigkeit der USA, dem wichtigsten globalen Verbündeten des Ölexporteurs, weiterhin eine führende Rolle im sicherheitspolitischen Gefüge des Nahen Ostens zu spielen, wurden immer lauter. So sprach Bandar bin Sultan, der ehemalige saudische Geheimdienstchef und langjährige Botschafter seines Landes in Washington, gar von einer „großen Wende“ in den beiderseitigen Beziehungen und drohte mit einer Abkehr von der strategischen Partnerschaft, die bereits seit 70 Jahren besteht.<sup>2</sup> Selbst in den Krisenzeiten nach den Anschlägen des 11. Septembers 2001, als bekannt geworden war, dass 15 der 19 beteiligten Attentäter saudische Staatsangehörige waren, war

das Zerwürfnis nie so öffentlich und deutlich formuliert worden. Missfallen wurde damals eher hinter vorgehaltener Hand anstatt über al-Jazeera oder BBC geäußert. Den langerwarteten Staatsbesuch von Barack Obama im März 2014 – der letzte fand 2009 statt – verband man deshalb mit der Hoffnung, die Beziehungen wieder auf das alte freundschaftliche Maß zurück zu führen.

Historisch war Saudi-Arabien, wie die anderen Monarchien des Nahen Ostens, ein strategischer Verbündeter westlicher Staaten. Es erhielt diplomatische und sicherheitspolitische Unterstützung sowie neueste Rüstungstechnik aus den USA und Europa. Dies verdankt das Königreich vor allem seiner zentralen Rolle als weltgrößter Produzent von Erdöl und als „swing producer“, der mit seinen Reservekapazitäten sein Fördervolumen erhöhen oder senken konnte, um zum Beispiel Ausfälle anderer Ölförderländer auszugleichen, Engpässe auf dem Markt aufzufangen und Preisanstiege zu bremsen. Aber auch die geopolitische Lage Saudi-Arabiens und seine Rolle bei der Eindämmung von Iran, früher auch des sozialistisch orientierten Irak, spielen eine Rolle. Geschmiedet wurde die Allianz im Jahr 1945 bei einem Treffen von Präsident Franklin D. Roosevelt mit König Abd al-Aziz Al Saud (auch bekannt als Ibn Saud) als ein strategischer Tausch von Öl gegen Sicherheit. Die USA waren seither der Sicherheitsgarant der Saudis und später auch der kleineren Golfstaaten. Getestet wurde diese Garantie am drastischsten im Zweiten Golfkrieg (1990-1991), als der Irak unter Saddam Hussein Kuwait angriff und besetzte. Aufgrund eines Unterstützungsgesuches von König Fahd zum Schutz von Saudi-Arabien, das sich Irak militärisch unterlegen sah, sandte George H.W. Bush im Rahmen der Operation *Desert Shield* insgesamt über eine halbe Million US-Soldaten an den Persischen Golf. Besonders für die kleinen Golfstaaten wurde der Golfkrieg ein traumatisches Ereignis, das ihnen ihre Unfähigkeit, sich selbst zu verteidigen, schmerzhaft vor Augen führte. Nach Beendigung des Krieges schlossen sie deshalb auch formale bilaterale Beistandsvereinbarungen mit den USA.

Diese sicherheitspolitische Abhängigkeit ist auch der Grund, warum sich die saudische Führung durch die jüngsten Verschiebungen der US-Politik bedroht sieht. Die Diversifizierung der US-amerikanischen Energieversorgung durch den Abbau von Schiefergas als Teilersatz für Öl aus dem Nahen Osten sowie der vielbeschworene „pivot to Asia“, die Hinwendung der USA

1 Siehe online: <<http://cnnnews.com/news/article/patrick-goodenough/saudi-arabia-gets-first-ever-seat-un-security-council-then-says-it>> (2. Mai 2014).

2 Siehe online: <[www.reuters.com/article/2013/10/22/us-saudi-usa-idUSBRE99L0K120131022](http://www.reuters.com/article/2013/10/22/us-saudi-usa-idUSBRE99L0K120131022)> (2. Mai 2014).

zu Asien und der Pazifikregion, muten deshalb so bedenklich an. Dieser langfristige Strukturwandel verstärkt Befürchtungen, die USA könnten ihr Interesse an der Region verlieren. Die tagesaktuellen Ereignisse gießen weiteres Öl ins Feuer. Bisher ist das Schiefergas jedoch keine vollwertige Alternative zum Erdöl, und die wirtschaftliche Verflechtung der beiden Länder wird sich daher in absehbarer Zeit nicht auflösen lassen. Zudem ist die Auswahl an potenziellen alternativen Partnern in der Region für die USA stark eingeschränkt. Die Annäherung an den Iran ist ein langwieriger Prozess und nur bedingt erfolgversprechend, und der Irak ist noch immer zu schwach, um eine regionale Führungsrolle spielen zu können. Hinzu kommt, dass, obwohl mit der Machtübernahme des Militärs in Ägypten in gewisser Weise der Status quo ante vor der Revolution 2011 wiederhergestellt wurde, dies nicht für die Beziehungen der Führungseliten der beiden Staaten gilt, die stark erkaltet sind.

Außer den materiellen und sicherheitspolitischen Vorteilen genoss Saudi-Arabien auch Entgegenkommen in seiner Regionalpolitik, was sich etwa im März 2011 zeigte, als unter saudischer Führung Truppen des Golfkooperationsrates (GKR) inmitten der Demonstrationen in Bahrain intervenierten. Die von Saudi-Arabien unterstützte harte Niederschlagung der bahrainischen Proteste und auch die Repression der Proteste im Osten des eigenen Landes riefen von westlicher Seite nur verhaltene Proteste hervor. Währenddessen verschärfen sich die westliche und insbesondere die US-Rhetorik gegenüber Mu'ammad al-Gaddafi und Baschar al-Asad, die im ersten Fall tatsächlich, im letzteren beinahe in eine Militärintervention mündete.

Ganz unproblematisch war die Verbindung zwischen der mächtigsten liberalen Republik der Welt und der ressourcenreichen absoluten Monarchie nie. In den Jahren 1973/1974 sorgte der von den O(A)PEC-Staaten initiierte Ölboykott für massive Engpässe in der Versorgung westlicher Staaten. Die Anschläge vom 11. September 2001 mit einer überproportional hohen saudischen Beteiligung ließen erneut Zweifel an der Nützlichkeit des Bündnisses aufkommen. Im Jahr 2003 musste die US-amerikanische Militärbasis in Saudi-Arabien aufgrund steigenden innenpolitischen Drucks nach Khor al-Udeid in Katar verlegt werden. Was neu anmutet, betrifft lediglich die öffentliche Austragung der aktuellen Konflikte, nicht jedoch die Konflikte selbst.

## Das „Schicksalsjahr“ 1979 und sein Erbe

Entgegen gängigen Interpretationen von einer neuen außenpolitischen „Wende“ lassen sich die Ursprünge und Grundzüge der gegenwärtigen saudischen Außenpolitik bereits vor mehreren Jahrzehnten erkennen. Einen besonderen Meilenstein stellte dabei das für Saudi-Arabien schicksalhafte Jahr 1979 dar. Zu Beginn des Jahres siegte die Islamische Revolution in Iran, die nicht nur den prowestlichen Schah zu Fall brachte, sondern auch ein konkurrierendes und zudem republikanisches islamisches Ordnungsmodell propagierte. Zeitgleich gewannen wahhabitische Radikale innerhalb Saudi-Arabiens an Zuspruch und besetzten im November 1979 zwei Wochen lang die Große Moschee in Mekka. Im Dezember 1979 intervenierte die Sowjetunion in Afghanistan. Alle drei Ereignisse hatten großen Einfluss auf die weitere saudische Politik und bewirkten wichtige Weichenstellungen in der saudischen Außenpolitik. Zumindest zwei ihrer Hauptziele lassen sich daraus ableiten: Das Streben nach regionaler Hegemonie sowie die Sicherung der Herrschaft gegen äußere, vor allem aber auch gegen innere Bedrohungen (Gause III 2002). Die strategische Allianz mit den USA ist ein elementarer Bestandteil zur Erreichung dieser Ziele. Die Außenpolitik fußt dabei unmittelbar auf innenpolitischen Erwägungen. Die Ereignisse von 1979 beeinflussten beide Ziele. Sie zementierten eine Priorität saudischer Außenpolitik im Kampf gegen schiitische, islamistische und säkulare Bewegungen und Akteure. Sie verfolgt letztendlich den Zweck, die eigene Herrschaft gegen rivalisierende Herrschaftsideologien zu sichern und sich gegen Rivalen um die Vorherrschaft in der Subregion des Persischen Golfes durchzusetzen.

Da das saudische Königshaus seine Herrschaft religiös legitimiert und damit auch eine religiöse Führungsrolle in der Region beansprucht, stellen alternative Modelle der Verbindung von Islam und Herrschaft eine besondere Gefahr für die Dynastie wie auch die regionale Vorherrschaft dar. Die Staatsideologie in Saudi-Arabien formt der Wahhabismus, eine puritanisch-dogmatische Variation des ohnehin strengen hanbalitischen Islam.<sup>3</sup> Der saudische König trägt seit 1986

<sup>3</sup> „Wahhabismus“ ist allerdings eine Fremdbezeichnung; die Eigenbezeichnung lautet *muwahhidun* (Unitarier) oder Salafi. Wahhabismus hat sich dennoch im europäischen und angelsächsischen Sprachraum als Bezeichnung für die spezifisch saudische Färbung des konservativen Islam durchgesetzt, während Salafismus für andere konservative islamische Strömungen verwendet wird.

den Titel „Hüter der beiden Heiligen Stätten“ des Islam – Mekka und Medina. Die iranische Revolution brachte eine neue Verbindung von Islam und Politik hervor, die des schiitischen Islam mit republikanischen Elementen. Die „Islamische Republik“ begann zunächst, diese Ideologie über einen „Revolutionsexport“ in der Region zu verbreiten. Besondere Attraktivität übte dieses Modell auf die durch den Wahhabismus in eine Außenseiterrolle gedrängten Schiiten in der ölreichen saudischen Ostprovinz al-Ahsa aus, die seitdem häufig als die „fünfte Kolonne Irans“ porträtiert werden. Ein erfolgreicher Aufstand mit konfessionellen Untertönen dort wäre ein direkter Angriff auf die Herrschaft der Al Saud und ein schwerer Schlag gegen die Ökonomie der Ölrentenwirtschaft. Damit würde der schiitische Einfluss die innenpolitische Position der Al Saud gefährden. Der Aufstieg Irans bedeutete außerdem einen stärkeren Rivalen im Kampf um die regionale Vorherrschaft.

Obwohl auch die Beziehungen zum Schah nicht gerade von Harmonie geprägt waren, hatte die Rivalität zwischen Saudi-Arabien und Iran zuvor auf einer niedrigschwelligeren Ebene innerhalb des prowestlichen Lagers stattgefunden. Die beiden Monarchien waren die Pfeiler der US-amerikanischen „Zwei-Säulen-Strategie“ im Nahen Osten und damit Verbündete. Dies alles brach mit der Iranischen Revolution zusammen.

Die Besetzung der Großen Moschee in Mekka 1979 durch Aufständische illustrierte zum anderen die Gefahr, die aus den „eigenen Reihen“ kam und die Rechtmäßigkeit der Herrschaft der Al Saud aus sunnitischer, radikal-islamistischer Perspektive in Frage stellte.

Weiteren Einfluss gewannen diese dschihadistisch orientierten Gruppen durch den Afghanistankrieg. Mudschahidin, religiös motivierte Krieger, die als „Arabische Afghanen“ dort kämpften, bildeten die Keimzelle von al-Qaida unter Osama bin Laden. Sie wurden, solange sie in Afghanistan gegen die „gottlosen“ sowjetischen Invasoren kämpften, massiv von Saudi-Arabien und den USA unterstützt. Später wandten sie sich mit terroristischen Anschlägen gegen die USA und gegen das saudische Königshaus selbst.

Doch nicht nur radikale Dschihadisten stellen eine innenpolitische und innerislamische Bedrohung dar, sondern auch andere sunnitische Gruppen, darunter unter anderem Anhänger der Muslimbruderschaft, von denen zahlreiche nach Gamal Abdel Nassers Verbot ihrer Organisation

seit 1954 aus Ägypten geflohen waren und auf der Arabischen Halbinsel Asyl gefunden hatten. Einst als Gleichgesinnte und potenzielle Verbündete aufgenommen, sah die Al Saud sie in späteren Jahren zunehmend als Bedrohung. Sie rekrutieren ihre Anhänger vorwiegend in der (gebildeten) urbanen Mittelschicht.

Es gehört somit zu den Konstanten der saudischen Politik, angenommene oder tatsächliche Sicherheitsbedrohungen des Regimes durch Iran und seine Verbündeten auf der einen, sowie sunnitische islamistische Gruppen auf der anderen Seite abzuwehren. Jüngst hat Saudi-Arabien die Muslimbruderschaft, sowie die in Syrien kämpfenden jihadistischen Gruppen Jabhat al-Nusra und den Islamischen Staat von Irak und der Levante (ISIL), zu terroristischen Organisationen erklärt. Gleichzeitig aber werden wie früher im Afghanistankrieg auch gegenwärtig wahhabitisch bzw. salafistisch orientierte Gruppierungen im Bürgerkrieg in Syrien unterstützt.

Die Gefahr, die von säkularen Bewegungen ausgeht, ist zwar seit dem Niedergang der sozialrevolutionären ideologischen Republiken der Region und dem Zusammenbruch der Sowjetunion nicht mehr so akut, stellt in veränderter Form aber immer noch eine Gefahr da, die es einzudämmen gilt. Auch in diesem Licht muss die saudisch-türkische Rivalität in der Region gesehen werden. Die Türkei, als scheinbar gelungenes Beispiel einer Verschmelzung säkularer Staatlichkeit und religiöser Führungsriege, bildete einige Zeit ein attraktives Staatsmodell für die arabische Welt, das Saudi-Arabiens Rolle unterminieren und seinen Einfluss erheblich einschränken konnte.

### **Der „Arabische Frühling“ – Gefahr und Chance zugleich**

Die langjährigen Herrscher in der Region fühlten sich von den Veränderungen im Zuge des „Arabischen Frühlings“ seit 2011 bedroht. Das ist nicht erstaunlich, fielen doch mehrere Staatsoberhäupter den Demonstrationen und ihren Nachwirkungen zum Opfer. Saudi-Arabien befürchtete zudem, dass die Unruhen von Iran zur Destabilisierung der arabischen Golfstaaten ausgenutzt werden könnten. Obwohl der tatsächliche Einfluss Irans eher vernachlässigbar war, nährten Vertreter des iranischen Regimes diesen Eindruck, indem sie die Revolten als von der

iranischen Revolution inspiriertes „Islamisches Erwachen“ interpretierten und nicht als den Iran ausschließenden „Arabischen Frühling“ (Borszik 2011). Aufgeschreckt durch die Ereignisse ergriff Saudi-Arabien schnell Gegenmaßnahmen. Neben der Erhöhung öffentlicher Gehälter und weiterer Subventionen in Höhe von 37 Mrd. USD unternahm die Führung auch regionalpolitische Schritte, um sich gegen ein Schicksal wie das der gefallenen Präsidenten abzusichern. Befreundete Regime, allen voran die ärmeren Monarchien (Marokko, Jordanien, Bahrain und Oman) erhielten finanzielle Zulagen.<sup>4</sup> In Bahrain marschierten unter saudischer Leitung Truppen der Peninsula Shield Force des GKR ein. Der GKR lud Jordanien und Marokko als einzige Nicht-Golfmonarchien in seinen exklusiven Staatenbund ein. Aktuelle Meldungen sprechen vom Aufbau eines gemeinsamen Sicherheitsbündnisses mit den beiden Staaten.<sup>5</sup> Diese Maßnahmen verdeutlichen, wie wichtig den Golfstaaten die Wahrung eines monarchischen Status quo in der Region ist (Richter 2011).

Gleichzeitig mischte sich Saudi-Arabien aber immer aktiver in den syrischen Aufstand ein. Noch kurz nach Beginn der Proteste in Syrien bot Saudi-Arabien dem geflohenen tunesischen Präsidenten Ben Ali Asyl an; später jedoch rief es den syrischen Herrscher zunächst zu Reformen und dann sogar zum Rücktritt auf. Paradoxerweise setzte sich somit gerade einer der autoritärsten Staaten der Region zumindest nominell für den Freiheitsdrang des syrischen Volkes gegen den Diktator Baschar al-Asad ein.

Zunächst lief jedoch der Nachbarstaat Katar Saudi-Arabien den Rang als „Revolutionsunterstützer“ ab. Schon früh hatte der Zwergstaat die Zeichen der Zeit erkannt und Sympathien für die Rebellen in der Region geäußert, die er materiell, organisatorisch und finanziell unterstützte. Der Zenit des katarischen Einflusses war erreicht, als nach dem Sturz von Mu‘ammar al-Gaddafi in Libyen 2011 die katarische Fahne vor den Ruinen des Herrscherpalastes in Bab Al-Aziziya in Tripoli gehisst wurde. Auch in Syrien engagierte sich Katar in hohem Maße, vor allem indem es, wie die Türkei, hauptsächlich den Muslimbrüdern nahestehende Gruppierungen unterstützte. Saudi-Arabien spon-

serte derweil größtenteils salafistische Gruppen. Mit insgesamt 8 Mrd. USD an Hilfsleistungen fungierte Katar zeitweise als größter externer Geldgeber des von den Muslimbrüdern geführten Regimes in Ägypten. Doch mit schwindender Zustimmung und anwachsenden Protesten gegen die Muslimbrüder in Ägypten und die Nahda-Bewegung in Tunesien wurde die katarische Position zunehmend problematisiert und skeptisch beurteilt. In Libyen wurden nur ein Jahr nach dem Sturz Gaddafis katarische Fahnen nicht mehr gehisst, sondern verbrannt und die „Einmischung“ in libysche Angelegenheiten aufs Heftigste kritisiert. Am 26. Juni 2013 übergab der katarische Emir schlussendlich sein Amt an seinen Sohn und Thronfolger, Tamim bin Hamad Al Thani, und ersetzte seinen aktivistischen Außen- und Premierminister Hamad bin Jassim. Dessen Nachfolger im Premierministeramt, Abdullah bin Nasser Al Thani, ist nun gleichzeitig Innen- anstatt Außenminister, ein Symbol für Katars Rückzug aus der Regionalpolitik (Scharfenort 2013).

Wenige Tage später enthob das Militär in Ägypten durch einen Putsch Präsident Mursi und sein Gefolge der Macht. Damit kam Saudi-Arabien erneut eine Favoritenrolle im Kampf um die regionale Führung am Persischen Golf und im Nahen Osten zu. Sofort nach Machtübernahme des ägyptischen Militärs verkündete die saudische Herrscherfamilie, dass sie zusammen mit Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) Ägypten mit 8 Mrd. USD unterstützen wolle – die gleiche Summe, die Katar zuvor an das Mursi-Regime ausgeschüttet hatte. Die Alliierten der Muslimbruderschaft in der Region, allen voran Katar, wurden massiv unter Druck gesetzt, ihre Unterstützung zu beenden. Auch in Syrien übernahmen die Al Saud wieder die Führungsrolle von den katarischen Al Thani. Drei Tage nach dem Militärputsch in Ägypten setzte sich der von Saudi-Arabien gestützte Ahmad Dscharba gegen den katarischen Kandidaten in der Präsidentschaftswahl der Syrischen Nationalen Koalition, der in Doha gegründeten Oppositionskoalition, durch. Saudi-Arabien übernahm die Rolle des Hauptfinanziers der syrischen Rebellen und galt zudem als wichtigster Koordinator von neuen Großgruppierungen, zunächst der „Armee des Islam“, dann der „Islamischen Front“. Sie vereinten eine Vielzahl verstreuter Rebellengruppierungen, die sowohl gegen Asad als auch gegen die dschihadistischen Gruppen al-Nusra und ISIL kämpfen sollten – wenn auch die Frontlinien vor Ort häufig verschwammen.

4 Siehe online: <<http://knowledgetoday.wharton.upenn.edu/2011/09/to-stave-off-arab-spring-revolts-saudi-arabia-and-fellow-gulf-countries-spend-150-billion/>> (2. Mai 2014).

5 Siehe online: <[www.defensenews.com/article/20140414/DEFREG04/304140018/GCC-Seeks-Form-Military-Bloc-Jordan-Morocco](http://www.defensenews.com/article/20140414/DEFREG04/304140018/GCC-Seeks-Form-Military-Bloc-Jordan-Morocco)> (2. Mai 2014).

Mit der Ausschaltung der Muslimbrüder in Ägypten war eine weitere unter den wichtigsten perzipierten Bedrohungen für das saudische Regime eingedämmt worden. Iran und Irak, die traditionellen Rivalen Saudi-Arabiens um die Vorherrschaft in der Subregion des Persischen Golfs (Fürting 2007), waren geschwächt. Irak war bereits seit der US-Invasion 2003 kein ernsthafter Anwärter mehr auf eine Regionalmachtsrolle und Iran zunehmend international isoliert – zunächst wegen seines mutmaßlichen Atomwaffenprogramms, dann vor allem als letzter regionaler Verbündeter des Asad-Regimes in Syrien. Die von Iran unterstützte und vormals durch ihren Kampf gegen Israel sehr beliebte libanesische Hizbollah wurde durch ihre Allianz mit Asad zunehmend diskreditiert, was Irans Isolation noch verstärkte. Ägypten, das ebenfalls öfter in der Geschichte eine mit Saudi-Arabien rivalisierende Position um die Vorherrschaft in der Region eingenommen hatte, dürfte durch die finanzielle Abhängigkeit fürs Erste kooptiert sein. Damit eröffnete sich für Saudi-Arabien aufgrund der späteren Konsequenzen der Umbrüche des Arabischen Frühlings erneut die Chance, seine Rolle in der regionalen Ordnung auszuweiten.

Obwohl die letzten Handlungen und Verlautbarungen der saudischen Führung hinsichtlich ihrer Außenpolitik von einem höheren Selbstbewusstsein zeugen, versuchten sie den Anschein von regionalpolitischen Alleingängen zu vermeiden. Stattdessen wird der Eindruck eines Multilateralismus unter saudischer Führung aufrechterhalten, der sich vor allem über die Einsetzung des GKR als außenpolitisches Instrument konstituiert. Der militärische Einmarsch in Bahrain am 14. März 2011 fand zwar unter dem Deckmantel des GKR statt, die Mehrzahl der Truppen stellte jedoch Saudi-Arabien. Integrationsversuche, die de facto eine saudische Hegemonie über die kleineren Golfmonarchien bedeutet hätten, wurden zunächst von Oman zurückgewiesen. Im Kampf gegen die Muslimbrüder konnte Saudi-Arabien aber zumindest Bahrain und die VAE hinter sich und gegen Katar vereinigen. Aus Protest gegen die katarische Unterstützung der Muslimbrüder zogen sie ihre Botschafter aus Doha ab, obwohl sie in Bahrain bislang in Gestalt der al-Minbar-Gesellschaft zum königstreuen Lager gehörten.<sup>6</sup> Während die VAE den feindlichen Standpunkt

gegenüber der Muslimbruderschaft mit Saudi-Arabien teilen, kommt bei Bahrain als ärmstem Rentierstaat des GKR eine starke wirtschaftliche Abhängigkeit hinzu, die Saudi-Arabien ein weitgehendes Mitspracherecht in außen- und innenpolitischen Angelegenheiten des Kleinstaates einräumt. Kuwait und Oman stellten sich hingegen gegen die Initiative. Das sogenannte „Riad-Dokument“, welches einen im Rahmen des GKR ausgearbeiteten Versöhnungsprozess Saudi-Arabiens und Katars initiieren soll, stellt harte Forderungen an Katar und fällt klar zugunsten Saudi-Arabiens aus.<sup>7</sup>

Bereits zuvor hatte Saudi-Arabien versucht, seine außenpolitischen Ziele über multinationale Organisationen zu erreichen und nahm eine wichtige Rolle bei der Entstehung vieler solcher Institutionen ein. Die Organisation für Islamische Zusammenarbeit, der Golfkooperationsrat, die Islamische Entwicklungsbank und die Islamische Weltliga haben ihren Sitz nicht grundlos in Dschidda bzw. Riad. Aber nicht nur die Golfmonarchien werden eingebunden, auch das finanziell abhängige Jordanien fungiert mitunter als Vertreter saudischer Interessen. Nach Saudi-Arabiens Ablehnung des Sitzes im Sicherheitsrat wurde dieser von Jordanien übernommen. Damit sorgte es für fortgesetzten Einfluss in der Organisation, ohne sich in der Weltöffentlichkeit zu exponieren und Rechenschaft über Entscheidungen im Sicherheitsrat ablegen zu müssen.

Trotz all dieser Entwicklungen zeichnet sich keine genuin neue Phase saudischer Außenpolitik ab. Eine aktivere, „aggressive Politik“ wurde bereits 2005 mit dem Anstieg antiiranischer Rhetorik beobachtet (Steinberg und Woermer 2013: 3), ohne dass dies größere prinzipielle Weichenstellungen nach sich gezogen hätte.

### **Saudi-Arabiens Außenpolitik – neue Form, alter Inhalt**

Damit lässt sich abschließend feststellen, dass sich vielleicht die äußere Form der saudischen Außenpolitik verändert hat, der Inhalt jedoch weitgehend gleich geblieben ist. Die Eindämmung des schiitischen Einflusses, vor allem durch die Schwächung von Iran und die Unschädlichmachung von alternativen sunnitisch-

<sup>6</sup> Siehe online: <<http://edition.cnn.com/2014/03/05/world/meast/gulf-qatar-ambassadors/>> (2. Mai 2014).

<sup>7</sup> Siehe online: <<http://weekly.ahram.org.eg/News/6048/19/Deciphering-the-Riyadh-Document.aspx>> (2. Mai 2014).

islamistischen Parteien und Ideologien, allen voran der Muslimbrüder, werden weiterhin betrieben. Gleichzeitig wird aber nach wie vor die Verbindung des saudischen Königshauses zum Islam gefördert. Dies geschieht zum einen im Inland und in der umliegenden Region durch die Betonung der Rolle der Al Saud als Wächter der zwei Heiligen Stätten und zum anderen im Ausland durch den Bau von Moscheen und islamischen Zentren sowie durch die Unterstützung von wahhabistischen oder salafistischen Gruppen.

Damit lässt sich auch die Anspannung in den saudisch-türkischen Beziehungen erklären. Einerseits weigert sich die türkische AKP-Regierung weiterhin, die Unterstützung der Muslimbruderschaft fallen zu lassen. Andererseits stellte das eine Zeit lang zu Beginn des „Arabischen Frühlings“ hochgepiesene „türkische Modell“, das Islam und Demokratie verbinden soll, ein Alternativmodell zum saudischen Modell dar, welches Islam und Demokratie für unvereinbar hält, und galt damit als Bedrohung.

Obwohl Saudi-Arabien und die USA beide versuchen, ihre Abhängigkeit voneinander zu verringern, bleiben ihre Beziehungen bislang stark und scheinen in absehbarer Zeit nicht von einem grundlegenden Bruch gefährdet. Noch Wochen vor dem Besuch von Barack Obama wurde Bandar bin Sultan als Geheimdienstchef durch den pro-amerikanischeren Muhammad bin Naif ersetzt, der sich in der Vergangenheit einen Namen als resoluter al-Qaida-Bekämpfer erworben hatte. Auch im Syrienkonflikt ist keine Radikalisierung der saudischen Position festzustellen. Im Gegenteil wurde erst jüngst ein Gesetz erlassen, das es saudischen Staatsbürgern unter Strafe verbietet, sich an einem Konflikt im Ausland militärisch zu beteiligen. Obgleich die Relevanz dieser Maßnahme fraglich erscheint, ist sie dennoch ein symbolisches Zurückweichen von Radikalpositionen.

Politik und politisches Agieren sind in Saudi-Arabien sehr stark personalisiert und hängen daher entscheidend von den beteiligten Akteuren ab. Sowohl der gegenwärtig herrschende König, Abdallah bin Abd al-Aziz, als auch die nächsten beiden Anwärter in der Thronfolge, Kronprinz Salman bin Abd al-Aziz und Vizekronprinz Muqrin bin Abd al-Aziz, gehören noch zur Generation der Söhne von König Ibn Saud, die seit 1953 an der Macht sind und haben daher ein vitales Interesse an einer Erhaltung des Status quo. Obwohl sie nicht zwangsläufig die gleichen Ziele verfolgen

und unterschiedliche Zukunftsmodelle verkörpern, sind substantiellere Veränderungen vor der lang erwarteten Übergabe der Herrschaft an die nächste Generation kaum wahrscheinlich.

## Literatur

Fürtig, Henner (2007), Conflict and Cooperation in the Persian Gulf: The Interregional Order and US Policy, in: *Middle East Journal*, 61, 4, 627-40.

Gause III, F. Gregory (2002), The Foreign Policy of Saudi Arabia, in: Raymond A. Hinnebusch und Ehteshami Anoushiravan, *The Foreign Policies of Middle East States*, Boulder, Colorado: Lynne Rienner Publishers, 193-211.

Steinberg, Guido, und Nils Woermer (2013), *Exploring Iran & Saudi Arabia's Interests in Afghanistan & Pakistan: Stakeholders or Spoilers – A Zero Sum Game?, Part I: Saudi Arabia, Sources of Tension in Afghanistan and Pakistan: A Regional Perspective*, CIDOB Policy Research Project, online: <[www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/fachpublikationen/Steinberg\\_Woermer\\_SaudiArabia\\_Interest\\_April2013.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/fachpublikationen/Steinberg_Woermer_SaudiArabia_Interest_April2013.pdf)> (2. Mai 2014).

## ■ Die Autorin

Anna Sunik, M.A., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA Institut für Nahost-Studien und promoviert an der Universität Heidelberg.

E-Mail: <anna.sunik@giga-hamburg.de>, Webseite: <www.giga-hamburg.de/team/sunik>.

## ■ GIGA-Forschung zum Thema

Im Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ werden im Forschungsteam „Persistenz und Wandel nichtdemokratischer Regime“ die Dynamiken autoritärer Herrschaft vergleichend analysiert.

## ■ GIGA-Publikationen zum Thema

Bank, André, Thomas Richter und Anna Sunik (2013), *Long-Term Monarchical Survival in the Middle East: A Configurational Comparison, 1945-2012*, GIGA Working Papers, 215, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

Bank, André, und Thomas Richter (2013), *Autoritäre Monarchien im Nahen Osten: Bedingungen für Überleben und Zusammenbruch seit 1945*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Sonderheft 47, 384-417.

Borszik, Oliver (2013), *Ambivalente Erfahrungen mit der „Gestaltungsmacht“ Katar*, GIGA Focus Nahost, 3, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Borszik, Oliver (2011), *„Islamisches Erwachen“ statt Selbstbefreiung: Irans Aneignungsversuche der arabischen Revolte*, GIGA Focus Nahost, 3, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Fürtig, Henner (2007), *Reformkampagne in Saudi-Arabien: Brise oder Sturm?*, GIGA Focus Nahost, 11, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Lucas, Viola, und Thomas Richter (2012), *Arbeitsmarktpolitik am Golf: Herrschaftssicherung nach dem „Arabischen Frühling“*, GIGA Focus Nahost, 12, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

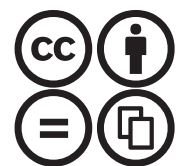
Richter, Thomas (2011), *30 Jahr Golfkooperationsrat: Schützt Mitgliedschaft vor Revolution?*, GIGA Focus Nahost, 5, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Scharfenort, Nadine (2013), *Herrschaftswechsel in Katar – gleicher Kurs oder neue Wege?* GIGA Focus Nahost, 7, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Sunik, Anna, André Bank und Thomas Richter (2013), *Nahöstliche Monarchien: Auslaufmodell oder Zukunftsvision?*, GIGA Focus Nahost, 5, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.



Der GIGA Focus ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA Focus, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt Focus-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA Focus International Edition auf Englisch und Chinesisch veröffentlicht. Der GIGA Focus Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Henner Fürtig; Gesamtverantwortliche der Reihe: Hanspeter Mattes und Stephan Rosiny

Lektorat: Silvia Bücke; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

**G I G A** Focus  
German Institute of Global and Area Studies  
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM